

Aus: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG),
42. Jg., Heft 10 / 1994, S. 929 - 932.

Jürgen Reuter: Archive und jüngere Forschungen zur Frühgeschichte von SBZ und DDR

Am 1. und 2. Juli 1994 fand in Potsdam eine wissenschaftliche Konferenz mit dem Titel „Archive und jüngere Forschungen zur Frühgeschichte von SBZ und DDR“ statt. Veranstalter waren das Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C., das Bundesarchiv und der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam. Das Symposium war ein Anschlußtreffen an die Essener Tagung „Soviet Union, Germany and the Cold War, 1945 - 1962: New Evidence (28. - 30. Juni)“, die gemeinsam vom Woodrow Wilson International Center for Scholars und dem Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen veranstaltet worden war. Die Potsdamer Tagung widmete sich vor allem der inneren Entwicklung in Deutschland, insbesondere in SBZ und DDR zwischen 1945 und 1961 und vermittelte eine Übersicht über die archivalische Situation und über Möglichkeiten der Forschung in der Region Berlin/Brandenburg.

Kontinuierlich ergeben sich aus den seit der „Wende“ geöffneten Archiven neue Teileinsichten in die Geschichte des Kalten Krieges und insbesondere in die deutsche Geschichte jener Zeit.

Die Konferenz bestand aus drei Panels: Die erste Gesprächsrunde stand unter dem Thema „Besonderheiten der inneren Entwicklung der SBZ“ (Leitung: Jürgen Kocka). Die Vorträge befaßten sich mit der Kulturpolitik im besetzten Deutschland, mit Aspekten der sowjetischen Besatzungspolitik, der sowjetischen und westalliierten Internierungspraxis in Deutschland, dem Umgang der SBZ/DDR mit der NS-Vergangenheit und mit der Transformation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zur staatlichen Forschungsorganisation der SBZ/DDR.

Zu Beginn sprach David Pike (Chapel Hill) über die vom Primat der Politik bestimmte Kulturpolitik in der SBZ. Dahinter standen die kurz- und langfristigen Ziele der SMAD als ausführendes Organ der Sowjetregierung. Aufgrund einer Untersuchung der internen Unterlagen und Leitlinien der SED, der Verwaltung und der Massenorganisationen folgerte Pike, daß die jeweilige politische Zielsetzung sowjetischer Besatzungsoffiziere und deutscher Kommunisten fast immer an ihrer ideologischen Ausdrucksweise abzulesen sei. Ferner kam er zu dem Schluß, daß sich seit 1990 dokumentieren lasse, wie die Manipulation der öffentlichen und veröffentlichten ideologischen, politischen wie „kulturpolitischen“ Rhetorik mit dem konspirativen und internen Entscheidungsprozeß auf den Ebenen SMAD, SED, der von Kommunisten kontrollierten Verwaltung und der Massenorganisationen korrespondierte. Er widersprach nachdrücklich der These, daß es in der SBZ/DDR wenigstens auf dem Gebiet der Kultur je eine Chance für eine nicht-marxistisch-leninistische Entwicklung gegeben habe.

Norman Naimark (Stanford) erläuterte die Beziehungen zwischen Russen und Deutschen in der SBZ. Er vertrat die These, daß sich zu Beginn der Besatzungszeit trotz langfristiger Probleme innerhalb der russisch-deutschen Beziehungen neue Möglichkeiten für eine russisch-deutsche Zusammenarbeit auftraten. Wichtige Voraussetzung dafür sei gewesen, daß die politisch aktiven Teile der Bevölkerung willig und bereit erschienen, sozialistische Alternativen zu den Erfahrungen der Nazivergangenheit und der Weimarer Republik ins Auge zu fassen. Langfristig habe jedoch die sowjetische Politik ihr Ziel, die Deutschen in der SBZ (oder auch in den Westzonen) für sich zu gewinnen, verfehlt.

Jan Lipinsky (Bonn) sprach über die sowjetische und alliierte Internierungspraxis in Deutschland. Die auf der Potsdamer Konferenz gefassten Beschlüsse zur Verhaftung, Internierung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, führenden Nationalsozialisten sowie Personen, die den Besatzungsmächten gefährlich werden konnten, wurden von den Alliierten sehr unterschiedlich ausgelegt. Es gab manche Unterschiede zwischen britischer, französischer und amerikanischer Internierung. Diese standen jedoch in sehr deutlichem Gegensatz zur sowjetischen Praxis der Internierung. In der SBZ/DDR bestimmte eine politische Justiz die „Strafverfahren“. Sie wurden von der SED unter entscheidender Kontrolle der Besatzungsmacht ausgeübt. Die sowjetischen Speziallager in der SBZ sind in das sowjetische GULag-System einzureihen.

Jürgen Danyel (Potsdam) sprach zum instrumentalisierten Antifaschismus in der Frühphase der DDR. An den Beispielen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der NPD verdeutlichte er den Funktionswandel des Antifaschismus in der Frühgeschichte der DDR. Bei dem bis 1953 andauernden Konflikt zwischen der SED und der VVN handelte es sich um einen Konflikt zwischen zwei Gruppierungen und Politikentwürfen innerhalb der kommunistischen Tradition. Der gesinnungsethisch fundierten, oft wesentlich radikaleren Politikvariante der KZ- und Widerstandsgeneration in der VVN stand ein eher machtpolitisch-pragmatisches Konzept der Moskauer Remigranten gegenüber, die als Funktionärsschicht und Vehikel sowjetischer Deutschlandpolitik zwangsläufig auf realpolitische Muster zurückgreifen mußten. Die Unfähigkeit und Nichtbereitschaft der in der VVN konzentrierten Vertreter der KZ- und Widerstandsgeneration, das integrative Konzept der Nationalen Front und die forcierte Wiedereingliederung der NSDAP-Mitglieder mitzutragen, führte letztlich zu deren Zurückdrängung aus wichtigen politischen Einflusssphären.

Peter Walther (Potsdam) referierte über die Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den Jahren 1946 – 1955. Der Weggang zahlreicher Akademiemitglieder aus Berlin hatte dazu geführt, daß die Forschungsanstalt im Jahre 1945 ohne ihr eigenes Zutun zu einer gesamtdeutschen Akademie geworden war, auch wenn die Nicht-Berliner sich angesichts fehlender Transportmöglichkeiten nicht an der Arbeit der Akademie beteiligen konnten. Die Bildungsstätte konnte bis Sommer 1946 unter der lockeren Aufsicht der Stadt Berlin eine geradezu autonome Tätigkeit entfalten. Während die Akademie und ihre Institute die ersten Wirtschaftspläne der SBZ/DDR

noch ignorieren konnten, wurden sie nach der 11. Parteikonferenz im Juli 1952 in den Planungsmechanismus der DDR mit einbezogen. Von 1953 ab entsprachen die öffentlichen Äußerungen der Akademie der jeweiligen Staats- und Parteilinie. Allerdings wurde die Einbeziehung der Akademieinstitute in das wirtschaftliche und später auch wissenschaftliche Planungssystem teilweise unterlaufen: Einige Institutsdirektoren erreichten durch direkte Verhandlungen mit Regierungs- und Parteinstituten inoffizielle Korrekturen.

Der Präsident des Bundesarchivs, *Friedrich P. Kablenberg*, leitete die zweite Sektion der Konferenz, eine Bestandsaufnahme der archivalischen Möglichkeiten in den neuen Bundesländern und in der Region Berlin/Brandenburg.

Hermann Schreyer (Potsdam) berichtete über das Archivgut der zentralen staatlichen Behörden. Er gab eine Übersicht über den Verbleib der Akten der Verwaltungen, die außerhalb der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) standen (Inneres, Justiz, Volksbildung), und über die Akten der in der DWK zusammengefaßten Verwaltungen. Wegen der Zuordnung des Archivgutes der oben angeführten Hauptverwaltungen der DWK zu den Ministerialbeständen ist es zu erklären, daß der im Bundesarchiv befindliche Archivbestand DC 15 (DWK) nur einen geringen Umfang hat. Die Benutzbarkeit der auf der Konferenz im Vordergrund stehenden älteren Überlieferung ist überwiegend gewährleistet.

Hans-Joachim Schreckenbach (Potsdam) vermittelte einen Überblick über die staatlichen Überlieferungen der Länder und betonte, daß sich die Entwicklung der heutigen fünf östlichen Bundesländer bis zur 1952 erfolgten Auflösung umfassend in der archivalischen Überlieferung widerspiegeln. Die Neugliederung von 1952 und die damit verbundene völlige Veränderung der Verwaltungsstruktur führten dazu, daß schlagartig die Registraturen der bis dahin tätigen Landesregierungen und Kreisverwaltungen weitgehend nicht mehr benötigt und in Kellern oder auf Dachböden abgelegt wurden. Für die Zeit bis 1952 sind die Akten des Büros/der Kanzlei des Präsidenten bzw. Ministerpräsidenten, des Ministeriums des Innern einschließlich des Amtes zum Schutz des Volkseigentums, der Bodenreform- und Entnazifizierungskommissionen sowie der Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Justiz- und Volksbildungsministerien von besonderer Bedeutung. Auf der Ebene der Landesregierungen wie auch der Bezirks- und Kreisverwaltungen sind die zahlreichen Berichte und Rechenschaftslegungen von historischer Aussagekraft, zumal v.a. in den Anfangsjahren auch

kritische Punkte angesprochen wurden. So waren im Land Brandenburg die Landräte ab 1945 verpflichtet, regelmäßig politische Informationsberichte an die Provinzialverwaltung/Landesregierung zu senden.

Ingelore Buchholz (Magdeburg) informierte am Beispiel Magdeburgs über kommunale Quellenüberlieferungen. Zur Frühgeschichte der SBZ/DDR seien in diesem Fall besonders die Protokolle der Beratung der Stadtverordneten seit Oktober, die Protokolle der Dezentenbesprechungen seit Oktober 1945, die Protokolle der Ausschusssitzungen seit Mai 1945 sowie die Akten der Ämter der Stadtverwaltung Magdeburg vom April 1945 bis 1952 relevant.

Am Beispiel der Akten des Schulamtes – das ist die größte Aktengruppe des Magdeburger Stadtarchivs – läßt sich die Entwicklung des Schulwesens in der SBZ/DDR nachzeichnen. Es sind z.B. Angaben über die Einführung des Russischunterrichts, die Einrichtung von Neulehrerkursen, über die politische Einstellung von Schülern, über die Tätigkeit des Schulfunks und über die Feriengestaltung dokumentiert.

Renate Schwärzel (Berlin) berichtete von den Überlieferungen der Betriebsarchive in der SBZ/DDR. Betriebsarchive (im engeren Sinne) waren die als Endarchive bestätigten und im zentralen Bestandsnachweis registrierten Archive von Kombinat und Betrieben. Für eine Bestätigung als Betriebsarchiv und demzufolge Endarchiv waren neben einer Empfehlung durch das zuständige Staatsarchiv auch die Existenz beachtlicher Bestände sowie entsprechender personeller und räumlicher Verhältnisse von Bedeutung. Betriebsarchive waren z. B. die Archive der Filmfabrik Wolfen, der Leuna-Werke und des VEB Carl Zeiss Jena. Nach der Wiedervereinigung führte die komplizierte wirtschaftliche Situation der neuen Bundesländer zur Liquidation zahlreicher Betriebe. Dementsprechend groß ist derzeit die Gefährdung von Archivgut der Wirtschaft. Hier besteht allein die Möglichkeit, über den Aufbau von regionalen Wirtschaftsarchiven, die sich als Rettungs- und Auffangquellen für gefährdetes Archivgut der Wirtschaft verstehen, die weitere Vernichtung von Wirtschaftsarchivgut zu verhindern. Dieser Prozeß muß von der historischen Forschung begleitet werden.

Sigrun Mühl-Benninghaus (Berlin) referierte über zentrale Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Sie machte auf weniger bekannte, doch sehr interessante Quellen aufmerksam wie die Überlieferungen von Berufsverbänden, das zentrale Schriftgut des FDGB, den umfangreichen Bestand an Akten der Zentralvor-

stände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften des FDGB (1945 – 1990). Die Bestände der IG Chemie, Glas und Keramik, IG Bergbau-Energie und IG Wismut konnten noch nicht von der Stiftung übernommen werden. Die Überlieferung der Abteilung Organisation des Bundesvorstandes des FDGB enthält Informationsberichte, d.h. Berichte und Stellungnahmen von Betriebsgewerkschaftsleitungen, die monatlich oder nach Aufforderung in den Betrieben gefertigt wurden. Die Berichte verdeutlichen die damaligen Probleme in Schwerpunktbereichen der Industrie. Langfristige Entwicklungen lassen sich bei großen Betrieben wie den Leuna- oder den Zeiss-Werken nachzeichnen.

Hartmut Sander (Berlin) stellte kirchliche Quellenüberlieferungen am Beispiel der Evangelischen Kirche vor. Das Evangelische Zentralarchiv (EZA) ist seit 1979 das gemeinsame Archiv der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Evangelischen Kirche der Union (EKU). Als einschlägige Bestände des EZA beschrieb Sander die Kirchenkanzlei der EKD-Berliner Stelle, die Kirchenkanzlei der EKD für die DDR-Gliedkirchen, den Bestand des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR sowie des Evangelischen Oberkirchenrates/Kirchenkanzlei der EKU und Kirchenkanzlei der EKU-Nebenstelle Ost.

Unter der Leitung von *Jim Hershberg* (Washington) wurden im dritten Panel der Konferenz Beiträge über den Kalten Krieg und die Entwicklung der frühen DDR präsentiert.

Jeffrey Herfs (Freiburg/Br.) Vortrag zeichnete anhand des „Falles Paul Merker“ die Haltung der ostdeutschen Kommunistenführer zu „Antifaschismus“ und zur „Jüdischen Frage“ nach. Paul Merkers politische Karriere als Führungsfigur der DDR endete im August 1950 mit seinem Ausschluß aus dem ZK der SED und aus der Partei. Er wurde der Spionage beschuldigt und es wurden ihm seine Kontakte zu Noel H. Field während der Kriegszeit vorgeworfen. Die Kampagne gegen Merker muß im Zusammenhang mit der 1948/49 in der UdSSR revidierten Haltung gegenüber Israel gesehen werden. Nun änderte sich auch die Haltung zu jüdischen Kommunisten und zu solchen Genossen, die sich für die Angelegenheiten der Juden einsetzten (wozu auch Merker, kein Jude, gehörte). Der „Fall Merker“ machte klar, daß von nun an der Eintritt in den Führungszirkel der SED mit dem Verschweigen der jüdischen Katastrophe, der Denunzierung des Zionismus und der gleichzeitigen Attacke gegen den „Faschismus“ und Antisemitismus in Westdeutschland verbunden war.

Mario Keßler (Potsdam) behandelte das Verhältnis von KPÖ/SED zu den Juden in der SBZ. Die

SED knüpfte früh an das Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage an. Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen sozio-kulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Bei der Bewertung der Restitutionsfrage gegenüber den Juden übernahm die KPD/SED und der Hauptausschuß der ODF (Opfer des Faschismus) das Kriterium des Kampfes gegen den Faschismus für die Bewilligung der allgemeinen Fürsorge gegenüber diesen Menschen. Juden und Bibelforscher fielen bereits im Juli 1945 aus der Kategorie der „Kämpfer“ heraus. Am 5. Oktober 1949 wurde die „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes“ erlassen, die sich auf die individuelle Betreuung der in Frage kommenden Personen und auf beachtliche Sozialleistungen für diese konzentrierte, jedoch keine Stellung zu Fragen der Restitution oder Entschädigungszahlungen bezog. Damit war die Politik der DDR zu diesen Fragen vorgezeichnet.

Über Briefe von Altkommunisten an die SED in der Field-Spionage Affäre sprach *Catherine Epstein* (Harvard). Von der frei erfundenen Field Spionage-Affäre waren auch die ehemaligen kommunistischen „Westemigranten“ betroffen. Während durch diese Kampagne in anderen sozialistischen Staaten große Schauprozesse und Hinrichtungen inszeniert wurden, kam es in der DDR allein zu Verhaftungen, Geheimprozessen, Parteiaus-schlüssen und Funktionsverboten.

Zu ihrer Verteidigung und später zu ihrer Rehabilitierung haben die betroffenen Altkommunisten parteiintern ihren Unmut in zahlreichen klagenden und mürrischen Briefen an die SED-Führung zum Ausdruck gebracht. Neben einem von der westlichen Emigration geprägten alternativen kommunistischen Denkansatz zeigen viele der Briefe ein den herkömmlichen Vorstellungen widersprechendes Bild der politischen Haltung der Altkommunisten. Bei der internen Kritik waren sie der SED und der Sowjetunion gegenüber nicht unkritisch und ergeben, sondern stellten die Parteilinie in Frage. Ulbricht nutzte die Kampagne, um

alternative Denkansätze innerhalb der Partei aus-zuschalten.

Arnd Bauerkämper (Potsdam) referierte über die Durchsetzung der Bodenreform in der SBZ im Jahre 1945. Er präziserte das Wechselverhältnis zwischen Druck „von oben“ und Mobilisierung „von unten“ bei der Durchführung der Reform. Im September 1945 erließen die Provinzial- und Landesverwaltungen auf Druck der SMAD Bodenreformverordnungen, die weitgehend mit den von der KPD vorgelegten Entwürfen übereinstimmten. Gleichzeitig organisierte die KPD verstärkt Versammlungen von Landarbeitern, Kleinbauern und Flüchtlingen, so daß Gemeindebodenkommissionen gebildet werden konnten. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Bodenreform blieben insgesamt ambivalent. Der Druck „von oben“ und die Mobilisierung „von unten“ hoben die Ausübung von politischer Herrschaft in Ostdeutschland erstmals deutlich von der westalliierten Politik ab, die dem bürgerlichen Eigentumsrecht verhaftet blieb. Insofern zeichnete sich nach der Bodenreform eine Dimension der politischen Auseinandersetzung im späteren Kalten Krieg ab.

Patrick Major (Coventry) referierte über die Versuche zur Ausdehnung des deutschen Kommunismus über die SBZ/DDR hinaus und über das „Zurückdrängen“ solcher Vorhaben durch die westliche Seite. Ein zentraler Grund für die – verglichen mit Italien oder Frankreich – schwache kommunistische Bewegung in Westdeutschland war die negative Erfahrung des Geschehens in der BR/DDR. Die SED hatte die „Haftung“ für die KPD im Westen. Hieraus erklärt sich u.a., daß der Antikommunismus in Westdeutschland wesentlich ausgeprägter war als in Frankreich oder in Italien. Die 1945 wiedergegründete KPD wurde als eine Klammer über das in Zonen aufgeteilte Deutschland betrachtet. Das Zentrum der Partei lag in Ost-Berlin, von hier aus wurden die westlichen Bezirke von einem Gremium, das als Westkommission bekannt wurde, kontrolliert. Auch nach der SED-Gründung blieb die Steuerung der westdeutschen Kommunisten durch Ost-Berlin bestehen.

Jürgen Reuter